Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg.,
auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Dienstag, den 4. Mai 1886. Nr. 203. 205

Deutschland.

Berlin, 3. Mai. Da die sämmtlichen bisherigen Meldungen über den Inhalt der neuen Branntweinsteuergesetze namentlich in den Ziffern ungenau sind, so möge folgende gut verbürgte Mittheilung Ihnen nicht vorenthalten sein. Die Aenderungen der bisherigen Maischraumsteuer entsprechen den Vorschlägen, die seiner Zeit der Abgeordnete v. Kardorff, und der Unter-Antrag bezüglich der Verbrauchssteuer entspricht den Vorschlägen, die der Abgeordnete Oechelhäuser in der zweiten Sitzung der Branntweinsteuer-Kommission machte. Das neue, von Preußen eingebrachte Branntweinbesteuerungsgesetz erstreckt sich, wie mitgetheilt, nur auf die norddeutsche Branntweinsteuergemeinschaft, nicht auf das Reich. Es besteht erstens aus der Maischraumsteuer und zweitens der Verbrauchsabgabe. Die Maischraumsteuer wird nach dem Vorgange der baierischen Gesetzgebung in drei Abstufungen erhoben. Je nachdem die Brennereien den Tag bis 1050, von 1050 bis 3000 und über 3000 Liter Bottichraum bemaischen, zahlen sie für 1 Liter Maischraum 1 beziehungsweise 1,30 und 1,60 Pfg. Erfolgt die Einmaischung in der Zeit vom 16. Mai bis 15. Dezember, so erhöhen sich diese Sätze um 20, 25 und 30 Pfg. für 100 Liter Bottichraum. (Die Steuer beträgt jetzt rund 1,25 Pfg. für 1 Liter Bottichraum.) Die Brennereien werden kontingentirt, das heißt sie dürfen nur in gleichem Umfange wie vor dem 1. April 1886 betrieben werden. Die Ausfuhrvergütung soll 21 Pfg. für 1 Liter Alkohol betragen. Die Verbrauchsabgabe soll betragen vom 1. Oktober 1887 ab 40, nach einem Jahr 80, wieder ein Jahr später 120 M. vom Hektoliter. Ihr Ertrag wird auf 90, dann 160 und zuletzt 210 Millionen Mark im Jahr veranschlagt. Nach dem Prinzipal-Vorschlag Preußens soll die Abgabe von den Verkaufsgeschäften entrichtet werden, aus welchen der Branntwein unmittelbar an die Verbraucher im Steuergebiet übergeht. Nach einem Unter-Antrag soll die Verbrauchsabgabe entrichtet werden, sobald der Branntwein aus der steuerlichen Kontrolle in den freien Verkehr tritt, und zwar durch Denjenigen, welcher den Branntwein zur freien Verfügung erhält. Für beide Arten der Erhebung sind eingehende Kontrollmaßregeln und strenge Strafbestimmungen vorgesehen. Steuerstundung wird gewährt. Der Eingangszoll für Branntwein wird, vorstehenden Terminen für Einführung der Verbrauchsabgabe entsprechend, auf 120, 160 und 200 M für 100 Kg. erhöht; desgleichen die Uebergangsabgabe von den nicht zur Branntweinsteuergemeinschaft gehörigen Bundesstaaten auf 70, 110 und 150 M. Bestimmungen zur Verhütung der Fabrikation und des Verkaufs von gesundheitsschädlichem Branntwein enthält der Entwurf nicht.

— Dem kürzlich erschienenen dritten Bande der „Deutschen Geschichte im neunzehnten Jahrhundert" von Professor von Treitschke entnimmt die „Schles. Ztg." als Reminiszenz eine Darstellung, welche sich mit der Nothlage der Landwirthschaft in der Mitte der zwanziger Jahre beschäftigt. Das Blatt leitet sein Zitat mit folgenden Bemerkungen ein:

„Bei der allgemein anerkannten schwierigen Lage, in welcher sich zur Zeit ein großer Theil unserer Landwirthe befindet, liegt in der Erinnerung daran, daß die preußische Landwirthschaft schon durch schwerere Krisen hindurchgegangen ist und dieselben glücklich überwunden hat, immerhin etwas Ermuthigendes. Wir wollen keine Vergleiche ziehen zwischen den heutigen Verhältnissen und denen, welche durch die Kriegsereignisse in den Jahren von 1806 bis 1814 geschaffen worden waren; wohl aber erscheint es angethan, an die gewaltige Krisis zu erinnern, welche um die Mitte der zwanziger Jahre, also zu einer Zeit, da die Kriegsleiden und das Elend des Hungerjahres 1817 eine unmittelbare Wirkung nicht mehr übten, über die Landwirthschaft Preußens hereinbrach."

Die Treitschke'sche Darstellung selbst lautet:

„Zur selben Zeit, da Motz als Finanzminister in's Amt trat (1. Juli 1825) brach über England eine furchtbare Handelskrisis herein, eine der schwersten Erschütterungen, welche die Handelsgeschichte kennt. Die Eröffnung des südamerikanischen Marktes hatte eine fieberische Spekulation erweckt, welcher nun der natürliche Rückschlag folgte: in fünf Vierteljahren stürzten mehr als 70 Banken und an 3600 Geschäftshäuser zusammen. Auch Deutschland blieb von dem Unheil nicht verschont, wie bescheiden auch sein Antheil am Weltverkehr noch war. . . . Doch was bedeutete diese Bedrängniß des Weltmarktes neben der namenlosen Noth des deutschen Landbaues, die, wie alle landwirthschaftlichen Krisen, ungleich langsamer überwunden wurde? Die Hungerjahre waren kaum überstanden, da fielen die Preise der landwirthschaftlichen Erzeugnisse schnell und anhaltend. Die Zollgesetze des Auslandes und der elende Zustand der Straßen hemmten die Abfuhr der überreichen Ernten; selbst die technischen Fortschritte, welche die deutsche Landwirthschaft ihren Lehrern Thaer und Schwerz verdankte, wirkten für jetzt nachtheilig, da die Konsumtion dem gesteigerten Angebote so rasch nicht zu folgen vermochte. Der Werth der Grundstücke sank in manchen Landestheilen tiefer als einst zur Zeit des Krieges. Nur die Schäfereien behaupteten sich noch; Deutschland allein führte nach England über zweimal so viel Wolle aus als alle übrigen Länder zusammen. Aber auch dieser Vortheil drohte zu schwinden, seit die Fremden von uns zu lernen begannen, deutsche Hirten und Schafe in Rußland, Schweden, Frankreich, Australien verwendet wurden. Am härtesten litt das unglückliche Altpreußen: während der Kriegsjahre war mehr als die Hälfte seines Viehstandes draufgegangen; jetzt stand in einzelnen Gegenden der Tagelohn auf 3—4 Sgr., in anderen wurde der Scheffel Roggen für 5 Sgr. ausgeboten. Schön's Schwager, Oberst Brünneck, suchte den Nachbarn zu helfen durch die Einführung der Schafzucht und anderer technischer Verbesserungen; doch nur Wenige waren im Stande, sich auf neue Unternehmungen einzulassen. Auf die flehentliche Bitte der Stände gewährte der König „dieser alten Kernprovinz" außerordentliche Unterstützungen: Chausseen wurden gebaut, große Getreideankäufe für die Armee angeordnet, auch Magazine angelegt, welche den Preis des Scheffels Roggen auf der Höhe von 1 Thaler halten sollten.

Dann erlangte Schön noch eine neue Bewilligung von 3 Millionen Thalern zur Rettung verschuldeter Grundbesitzer. Als guter Patriot wollte er vornehmlich die alten, mit der Geschichte des Landes verwachsenen Geschlechter im Besitze ihrer Stammgüter erhalten. Dieselbe Meinung vertrat sein Freund Stägemann im königlichen Kabinet; der war, obwohl ein Anhänger der neuen Volkswirthschaftslehre, doch von jeher der Ansicht gewesen, daß durch den Untergang der alten Grundbesitzer der Staat selbst zu Grunde gehe: „es scheint mir ganz simpel, weil ein anderer Staat daraus wird". Aber die bewilligte Summe reichte nicht von fern aus, obwohl sie fast den sechzehnten Theil der gesammten Staatseinnahmen ausmachte; zudem mußte die große Kreditanstalt der Provinz, die „Landschaft", der die bedrängten Grundherren allesammt verschuldet waren, um jeden Preis vor dem Bankerotte bewahrt werden, wenn man nicht das ganze Land dem Verderben preisgeben wollte. Daher befahl der König auf Schön's Vorschlag (1824), die Unterstützungsgelder zwar zunächst zur Rettung der alten Grundherren-Geschlechter zu verwenden; wenn es aber ganz unmöglich sei, eine Familie im Besitze zu erhalten, dann solle sie mit einer nothdürftigen Pension abgefunden und ihr Stammgut durch die Landschaft unter den Hammer gebracht werden.

Mit dieser fast unbeschränkten Vollmacht schritt Schön an's Werk. Das Schicksal des altpreußischen Adels lag in seiner Hand. Abermals und noch stürmischer als vor Jahren bei der Vertheilung der ersten Kriegsentschädigungsgelder drängte sich Alles um die Gunst des Beherrschers der Provinz. Er that sein Bestes, viele wackere Männer vom Landadel verdankten allein seiner Fürsorge die Erhaltung ihres Besitzes; wo er aber die Lage für hoffnungslos hielt, da ließ er die Landschaft unerbittlich zur Subhastation schreiten. So geschah es, daß unter der Mitwirkung dieser wohlwollenden Regierung die Grafen Schlieffen, die Grafen Goltz und viele andere angesehene Adelsgeschlechter von Haus und Hof verjagt wurden — die meisten schuldlos, denn der letzte Grund ihrer Noth lag doch in den patriotischen Opfern der Kriegszeit. Hunderte von Landgütern wurden versteigert, einmal ihrer 218 fast zu gleicher Zeit; das unmäßige Angebot drückte die Preise so tief herab, daß die Landschaft selbst nur durch Zuschüsse des Staates sich behaupten konnte. In manchen Theilen der Provinz wechselte die volle Hälfte der großen Güter ihren Besitzer. Zu den Käswurm, Biehler, Reichenbach und den anderen Salzburger Exulanten, die sich bereits in die Reihen des Grundherrenstandes emporgearbeitet hatten, trat mit einem Male eine ganze Schaar bürgerlicher Rittergutsbesitzer hinzu, aus dem Lande selbst, aus Mecklenburg, aus Bremen, Braunschweig, Sachsen; darunter viele tüchtige Männer, die hier ihr Kapital zu 15 Proz. anlegen konnten und bald mit der alten Aristokratie verwuchsen, aber auch manche rohe Abenteurer, welche niemals auf einen grünen Zweig kamen."

— Die vierte Kompagnie des See-Bataillons wird, wie das „Marine-Verordnungs-Blatt" meldet, am 1. Oktober d. J. von Kiel nach Wilhelmshafen in Garnison verlegt.

— Ein Petersburger Korrespondent schreibt dem „Berl. Tagebl." am 29. April, in der russischen Hauptstadt kursire das Gerücht, der Zar werde, allen bisherigen Reiseplänen entgegen, bereits in den nächsten Tagen aus Livadia zurückkehren; ein haltbarer Grund für diese plötzliche Entscheidung werde nicht angegeben. Dieses Gerücht wird dadurch bestätigt, daß der in Berlin weilende Bürgermeister von Moskau urplötzlich nach Moskau zurückkehrte, um den durchreisenden Zaren zu begrüßen.

— Die Bischöfe von Hildesheim, Limburg und Osnabrück haben im Auftrage des apostolischen Stuhles den Oberpräsidenten die Absicht, gewisse Pfarreien zu besetzen, angezeigt und die hierfür in Aussicht genommenen Kandidaten mitgetheilt.

— Heute ist der Termin, an welchem Griechenland die Forderung des Ultimatums der Mächte erfüllen und den Nachweis führen sollte, daß es die erforderlichen Anordnungen für eine vollständige Abrüstung der Armee getroffen habe, und noch ist nicht zuverlässig bekannt geworden, wie die Mächte die Antwort aufgenommen haben, welche die griechische Regierung gleich nach der Ueberreichung des Ultimatums ertheilt hat. Sie hat darin bekanntlich erklärt, daß sie in Gemäßheit der Wünsche der Mächte den Frieden nicht stören werde und deshalb wolle sie auch nicht den gegenwärtigen Heeresstand unter den Fahnen hal-

Feuilleton.

Wie Frauen lieben.

Novellette.

(Aus der Berliner Gerichts-Zeitung.)

(Schluß.)

Er hatte mit ihr gesprochen, das genügte, um sie glücklich zu machen; er wollte auch keine Bezahlung annehmen, obschon sie lebhaft darauf bestand, ihre Schuldigkeit zu entrichten.

So verfloß nun ihr ganzes ferneres Leben; sie zog durchs Land, machte ihre Flechtarbeiten und kam alle Jahre wieder, um den heimlich Geliebten wenigstens von ferne zu sehen. Wenn sie gar zu große Sehnsucht empfand, dann machte sie in der Apotheke wohl einige kleine Einkäufe, um wenigstens einige Worte mit ihm zu wechseln und ihm ihr Geld geben zu können.

Nachdem sie diese traurige Geschichte auf ihrem Todesbette erzählt hatte, bat sie mich, demjenigen, den sie so geduldig geliebt, die Ersparnisse ihres ganzen Lebens zu überbringen, damit er, wenn sie todt sei, wenigstens noch einmal an die denke, die nur für ihn gearbeitet und selbst gedarbt habe.

Sie übergab mir darauf 2327 Franks; als sie todt war, übergab ich dem Pfarrer 27 Franks für die Beerdigungskosten und nahm das übrige zu mir.

Am folgenden Morgen begab ich mich zu dem Ehepaare Chouquet, das gerade einander gegenüber beim Frühstück saß. Beide sind wohlgenährt und haben rothe Gesichter, die einen sehr selbstzufriedenen und selbstbewußten Ausdruck tragen.

Man bat mich, mich zu setzen, und bot mir einen Kirsch an, den ich annahm; dann begann ich möglichst schonend meine Geschichte vorzutragen, überzeugt, daß Beide in Thränen ausbrechen würden.

Als aber der Apotheker vernahm, daß dieses elende alte Weib, diese Landfahrerin es gewagt habe, ihm ein zärtliches Gefühl zu weihen, gerieth er darüber ganz außer sich, als ob sie dadurch seiner Ehre zu nahe getreten sei und sein Renommee geschädigt habe. Auch seine Frau war ebenso entrüstet wie er und wiederholte in Einem fort: „Dieses Bettelweib! Dieses Bettelweib!" ohne andere Worte finden zu können.

Chouquet war aufgestanden, hatte seine Mütze auf ein Ohr geschoben und wanderte nun mit großen Schritten im Zimmer auf und ab.

„Verstehen Sie denn das, Herr Doktor? Das ist ja eine ganz tolle Geschichte. Mein Gott, wenn ich das bei ihren Lebzeiten geahnt hätte, so hätte ich sie ja sofort durch die Polizei aufgreifen und aus der Stadt bringen lassen!"

Ich war völlig überrascht durch das Resultat meiner Erzählung und wußte wirklich nicht, was ich sagen sollte. Doch ich hatte ja noch einen wichtigen Punkt zu erledigen und fuhr daher fort:

„Sie hat mich beauftragt, Ihnen ihre Ersparnisse zu übergeben, welche sich auf 2300 Frks belaufen. Da ich aber nach dem Gehörten annehmen muß, daß Sie nicht geneigt sein werden, dieses Geld zu acceptiren, so wird es wohl am besten sein, dasselbe den Armen zu geben."

Die Eheleute betrachteten mich ganz verdutzt; ich zog das in allen Provinzen zusammengescharrte Geld aus meiner Tasche und fragte:

„Wofür entscheiden Sie sich also?"

Madame Chouquet sprach zuerst:

„Nun, da es doch einmal der letzte Wille dieser Frau gewesen ist, so meine ich, dürften wir uns doch nicht weigern."

„Ja, ja", stotterte ihr Mann in Verlegenheit, „wir können ja mit dem Gelde Einiges für unsere Kinder kaufen."

„Gewiß, wie Sie wollen", sagte ich trocken.

„Geben Sie es nur immer her", meinte er dann, sich verbessernd, „wir finden wohl Gelegenheit, es zu irgend einem guten Zwecke zu verwenden."

Ich gab ihm die Summe, grüßte das würdige Ehepaar kalt und ging.

Am andern Morgen kam Chouquet zu mir und fragte ohne weitere Einleitung:

„Sie hat ja wohl auch noch ihren Karren hinterlassen, diese — diese Person, was wird damit geschehen?"

„Was Sie wollen, nehmen Sie ihn doch."

„Das paßt mir gerade, ich kann daraus ein Häuschen für meinen Gemüsegarten machen lassen."

Damit wollte er sich empfehlen; doch ich hielt ihn noch zurück und sagte:

„Auch der alte Gaul und ihre beiden Hunde sind noch da, wollen Sie die nicht?"

Er überlegte einen Augenblick und meinte dann:

„Ach nein, was soll ich damit anfangen? Bestimmen Sie doch, was damit geschehen soll."

Er lachte dabei und schüttelte mir die Hand, was ich mir auch gefallen ließ; denn — was wollen Sie? — auf dem Lande dürfen Doktor und Apotheker ja nicht einander feind sein.

Die beiden Hunde der Alten habe ich dann zu mir genommen, während der Pfarrer, der einen großen Hof hat, sich des Pferdes annahm.

Der Karren steht als Häuschen in Chouquets Gemüsegarten, und für das Geld hat er fünf Eisenbahnobligationen gekauft.

Das ist die treueste und rührendste Liebe, welche ich in meinem Leben kennen gelernt habe!"

Damit endigte der Doktor seine Geschichte, und die Marquise, welche Thränen in ihren schönen Augen hatte, rief seufzend aus:

„Ja, es ist ganz gewiß, daß nur die Frauen so zu lieben wissen!"

(Nach dem Französischen).

ten, vielmehr denselben allmählich vermindern, jedoch mit der Vorsicht, die eine solche Maßregel erheische. In dieser Erklärung, so wird allgemein behauptet, erkennen die Mächte keine genügende Antwort auf ihr Ultimatum, und für diese Behauptung spricht folgendes Telegramm aus Athen: „Die Vertreter der fünf Mächte hielten am Sonnabend Abend eine Konferenz, in welcher gutem Vernehmen nach eine letzte an die griechische Regierung zu richtende Mittheilung berathen wurde, da die Antwort Delijannis' auf das Ultimatum allseitig als nicht ausreichend angesehen wird." Was wird die neue Mittheilung besagen? Nach den Aeußerungen in ihren Regierungen nahestehenden Blättern zu schließen, wird dieselbe in milder Form verfaßt, vielleicht auch in der Sache nachgiebig sein. So sagt der „Pester Lloyd" in Beziehung auf die Abrüstung in Fristen, wie sie durch die Vorsicht geboten erscheine: „Daß die Mächte einen casus belli daraus machen oder auch nur zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen schreiten sollten, weil Griechenland die Abrüstung nicht genau auf Tag und Stunde so vollzieht, wie die Mächte es verlangt haben, ist einfach lächerlich, und bei uns wenigstens würde der Minister des Auswärtigen eine schwere Verantwortung auf sich laden, wenn er um einer solchen kleinlichen Rechthaberei willen die moralischen oder materiellen Machtmittel der Monarchie, sei es auch in noch so beschränktem Maße, aufbieten wollte." Nimmt man die für Griechenland wohlwollenden Aeußerungen Londoner Blätter, namentlich der heute wichtigen „Daily News", so wird klar, daß Griechenland seitens Englands die rücksichtsvollste Behandlung erwarten darf. Was Frankreich betrifft, so bedarf es kaum der Bemerkung, daß es noch weit rücksichtsvoller vorgehen werde; hat es doch nicht einmal an der Sonnabends-Konferenz theilgenommen, und damit alle Zeitungs-Nachrichten dementirt, welche von der Erbitterung in Paris über die Zweideutigkeit des Herrn Delijannis zu berichten wußten. Aus diesen offiziellen und offiziösen Auslassungen erhellt, daß Herrn Delijannis' Sache recht günstig steht. Er hat nur seine Antwort auf das Ultimatum zu vervollständigen und annähernd die durch die Vorsicht gebotenen Fristen, welche er bei der Abrüstung einhalten zu müssen glaubt, anzugeben und die Mächte sind wahrscheinlich befriedigt.

— Ueber das Befinden des Erbgroßherzogs von Baden ist am 1. Mai wieder ein Bülletin ausgegeben worden:

Die begonnene Rekonvaleszenz hält zwar an, doch schreitet die Erholung nur langsam fort. Appetit und Schlaf, sowie das subjektive Befinden sind andauernd befriedigend und die Beweglichkeit der Gelenke nimmt täglich zu, aber die nach der überstandenen schweren und langdauernden Erkrankung erklärliche allgemeine Muskelschwäche und hin und wieder immer noch auftretende, wenn auch geringfügige rheumatische Mahnungen, gestatteten dem Erbgroßherzog bis jetzt noch nicht, das Bett zu verlassen.

— In der amerikanischen sozialdemokratischen Presse wird gemeldet, daß die deutschen sozialdemokratischen Reichstags-Abgeordneten Bebel und Liebknecht im Sommer dieses Jahres eine Agitationsreise in die Vereinigten Staaten anzutreten beabsichtigten. Hier wird auf das Entschiedenste bestritten, daß Herr Bebel an diesem Ausfluge betheiligt sein werde. Derselbe habe nie eine derartige Absicht gehabt und habe seine Freunde in Amerika auch bereits von seinem Nichterscheinen in Kenntniß gesetzt. Offenbar verfolgt die Reise des Herrn Liebknecht den Zweck, die amerikanischen Arbeiter für die nächsten Reichstagswahlen in Kontribution zu setzen. Vor einigen Jahren hatte kurz vor den Wahlen Herr Viereck Amerika zu dem gleichen Zwecke bereist.

— Aus München wird der „N.-Z." durch ein Privattelegramm gemeldet, daß in Folge der abgeneigten Haltung der klerikalen Partei das Zustandekommen des von der Regierung erstrebten Arrangements zur Regelung der Verhältnisse der königlichen Kabinetskasse jetzt als unwahrscheinlich betrachtet werden müsse.

— Zu den wichtigern Berathungsgegenständen, die das morgen, Dienstag, wieder zusammentretende Abgeordnetenhaus beschäftigen werden, gehört unzweifelhaft der Gesetzentwurf betreffend die Heranziehung von Militärpersonen zu Abgaben für Gemeindezwecke. Nicht nur die Mittelparteien, sondern auch das Zentrum haben den Entwurf beifällig aufgenommen und der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß eine Verständigung mit der Staatsregierung gefunden werden würde. Nur der Fortschritt sperrt sich; er macht gegen den Entwurf geltend, daß er den Offizieren eine privilegirte Stellung einräume; obgleich dieselben alle Kommunal-Anstalten und Einrichtungen ebenso benutzten, wie jeder andere, würden sie zur Kommunalsteuer geringer herangezogen. Wir vermissen in den Repliken, die bisher dieser Argumentation entgegengesetzt worden sind, die Geltendmachung eines wichtigen Moments, nämlich des schwerwiegendern Privilegs, welches alle Kommunen, die Garnison haben, gegenüber den garnisonlosen Ortschaften besitzen. Die Kosten an Geld- und Naturalverpflegung einschließlich Fourage Servis und Wohnungsgeldzuschuß zweiter Klasse betragen in der Provinz jährlich für ein Linien-Infanteriebataillon rund 208,000 Mark, für eine Schwadron 130,000 Mark, für eine Feldartillerie-Abtheilung 256,000 Mark. Veranschlagt man den baaren Gewinn, welcher einer Kommune aus dem Umsatz der für die Geld- und Naturalverpflegung der Garnison aufgewandten Kosten erwächst, auf nur ein Zehntel dieser Kosten, so läßt sich statistisch nachweisen, daß dieser in die Taschen der Gemeindeglieder fließende Verdienst in vielen Garnisonstädten — besonders denjenigen von mittlerer Einwohnerzahl und mittelstarker Kommunalbelastung — den Gesammtbetrag der Kommunalabgaben nahezu oder ganz erreicht. In den Städten mit eigenem Vermögen und geringer Kommunalsteuerbelastung — z. B. in Neisse, Wittenberg, Militsch — beträgt die zum Unterhalte der Garnison verbrauchte Summe nicht selten das 20- bis 30fache des Kommunalsteuer-Aufkommens, in Torgau, Lüben, Sprottau sogar das 40 bis 45fache. Die Verpflegungskosten stellen aber nur einen Theil der wirthschaftlichen Vortheile dar, welche der Besitz einer Garnison mit sich bringt, da die meisten Offiziere und Mannschaften Zuschüsse von Hause erhalten, welche sie ebenfalls in dem Garnisonorte verausgaben. Daß diese Vortheile auch von den betheiligten Gemeinden selbst hoch veranschlagt werden, lassen die nicht unerheblichen Leistungen erkennen, zu welchen sich namentlich mittlere und kleinere Städte erbieten, um eine Garnison zu erhalten. Die Gesammtheit dieser Vortheile steigt von Jahr zu Jahr mit der fortschreitenden Kasernirung und der entsprechenden Verminderung der Einquartierungslast. Der Einwand, daß die Selbstwirthschaft der Truppen, insbesondere in den Kantinen, den Gemeinden die erhofften Vortheile wieder entziehe, trifft nur bezüglich des Zwischenhandels und auch hier nur in geringem Maße zu. Wenn der Fortschritt der Vertreter der ausgleichenden Gerechtigkeit sein will, so hätte er in erster Reihe die Verpflichtung, darauf hinzuwirken, daß die garnisonlosen Kommunen in irgend einer Weise eine Entschädigung vor den bevorzugten Städten erhalten.

— Wie die „Hamb. Nachr." erfahren, hat die nationalliberale Partei nach gemeinsamer Berathung der Landtags- und Reichstagsfraktion beschlossen, eine durchgreifende Reform der seitherigen Organisation vorzunehmen und das Zentralbureau mit umfassenden Funktionen zu betrauen. Dieses Bureau (Berlin, Dessauerstraße 4) soll als Auskunftsbureau, sowohl für die Mitglieder des Reichstags und Landtags, wie auch für die Parteifreunde im Lande, wenn solche Berlin besuchen, funktioniren. Um seine Aufgabe zu erfüllen, soll das Bureau:

1) eine regelmäßige und dauernde Verbindung durch Korrespondenz mit sämmtlichen in den einzelnen Landestheilen bestehenden örtlichen (Provinzial- resp. Kreis-) Verbänden und Vereinen der Partei pflegen — das Verzeichniß der einflußreichen Mitglieder kurrent erhalten — und wo es an örtlicher Organisation fehlt, die zur Bildung einer solchen nöthige Anregung geben;

2) für die Mitglieder der Partei, welche im deutschen Reichstage und im Landtage beschäftigt sind, behufs ihrer Information wünschenswerthes Material an Drucksachen und Korrespondenzen sammeln und bereit halten;

3) den gleichen Dienst der Auskunftsertheilung den Vorständen sämmtlicher lokalen Parteivereine im Wege der Korrespondenz leisten; außerdem Anträge, Petitionen u. s. w. von solchen Privatvereinen an die richtige Adresse bringen und ihre Erledigung möglichst betreiben, auch aus eigener Initiative Mittheilungen über solche Verhandlungen, Vorgänge, Pläne u. s. w., welche für die Partei von Interesse sind, an die Vertrauensmänner der lokalen Komitees gelangen lassen;

4) den Parteivereinen für ihre Versammlungen auf Wunsch nicht nur rednerische Kräfte, soweit solche zu Gebote stehen, sondern auch Flugblätter und anderes literarisches und publizistisches Material verschaffen;

5) Auswärtigen Parteigenossen, welche Berlin besuchen, nicht nur eine Auskunftsstätte für alle Parteiangelegenheiten bieten, sondern auch jederzeit bereit sein und sich zur Aufgabe machen, nach jeder anderen Richtung (auch in gesellschaftlicher Beziehung) mit Rath und Auskunft an die Hand zu gehen, so daß solche sich nach und nach daran gewöhnen, nicht nach Berlin zu kommen, ohne auch unserem Zentralbureau einen Besuch abzustatten.

Breslau, 3. Mai. Der „Schlesischen Volks-Zeitung" zufolge ist hier der Auftrag des Papstes eingegangen, behufs der Besetzung der erledigten Pfarreien der Regierung die Namen der zu ernennenden Pfarrer zu bezeichnen. Die Arbeiten dafür sind im Gange. Es handelt sich um 280 Pfarreien und Kuratien in der Diözese und dem Delegaturbezirk theils bischöflicher Kollatur, theils privaten Patronats.

Weimar, 2. Mai. Die heute hier abgehaltene, sehr zahlreich besuchte Versammlung der Goethe-Gesellschaft wurde von dem Präsidenten Dr. Simson in Gegenwart des Großherzogs und der Großherzogin eröffnet. Nach Erstattung des Jahresberichts durch Baron von Loën und nach einer mit großem Beifall aufgenommenen Festrede des Professors Grimm wurde von Professor Schmidt über die reichen Bestände des Goethe-Archivs Mittheilung gemacht und die Veröffentlichung der Briefe an Frau v. Stein und an Herder, sowie der Tagebücher von der italienischen Reise angekündigt. Eine Gesammtausgabe aller Schriften Goethe's einschließlich der Briefe soll durch den Wirkl. Geh. Oberregierungsrath Dr. v. Löper, Professor Scherer und Professor Schmidt veranstaltet, eine Biographie Goethe's unter Leitung v. Löper's verfaßt werden.

Die Kommission des Schriftstellertages hielt am Nachmittag ihre Sitzung. Derselben präsidirte Geheimrath Genast (Weimar). Von den Anwesenden, Alfred Klaar (Prag), Hermann Heiberg (Berlin), Maximilian Schmidt (München), unter dem Beisitze Dr. Robert Keil's, wurden die zur Berathung vorliegenden Gegenstände durch endgültige Revision der Statuten und Fassung mehrerer Resolutionen, u. A. die Gründung von Hülfs-Pensionskassen betreffend, zum Abschluß gebracht, auch beschlossen, die Vereinigung mit dem Stuttgarter Verein (Kürschner) zu erstreben.

Ausland.

London, 2. Mai. Ob die Mächte dem Ultimatum gemäß vorgehen, d. h. zur Blokade schreiten werden, hängt nun davon ab, ob sich Griechenland — wie man noch immer hofft — zu einer klareren als der ertheilten Antwort oder zu einer Vervollständigung derselben verstehe, beziehungsweise bis morgen Abend die Abrüstung anordnen wird. Nur darum, daß die Abrüstung thatsächlich erfolge und vor Allem zur Zurückziehung der griechischen Truppen von der Grenze geschritten werde, handelt es sich, nicht aber darum, wie Herr Delijannis — was am besten seine Zweideutigkeit charakterisirt — in seiner Antwort glauben zu machen suchte, daß die Abrüstung bis zum Ablaufe des Ultimatums bewerkstelligt werde. Somit entfallen auch seine Ausflüchte betreffend die nach innen erforderliche Vorsicht, denn wenn er genügende Garantien für die Abrüstung bietet, so wird man nicht von ihm verlangen, daß er die Demobilisirung überstürze und sich etwa der Mittel beraube, die angebliche Bewegung im Innern niederhalten zu können. Seine Antwort in der Form, wie sie vorliegt, als ungenügend zurückzuweisen, haben aber sämmtliche Mächte beschlossen, und wenn Athener Depeschen den Schein zu erwecken trachten, als beständen hierüber Meinungsverschiedenheiten, so mag dies vielleicht griechischen Wünschen entsprechen, den Thatsachen entspricht es nicht. Das beweist schon der Umstand, daß in der einen Nachricht Deutschland, Oesterreich und Italien als entschiedener denn Rußland und England auftretend bezeichnet werden, während eine andere wieder Rußland und Italien versöhnlichere Absichten zuschreibt. Darüber, daß die nach Livadia berufenen Vertreter Rußlands bei der griechischen und türkischen Regierung dort keine den griechischen Velleitäten zu Gute kommenden Dispositionen gefunden haben, wird man sich in Athen wohl kaum länger zu täuschen vermögen.

Stettiner Nachrichten.

= **Stettin**, 4. Mai. Gestern wurde in der Louisenstraße die in Bredower Antheil wohnhafte 62 Jahre alte Frau Rakow von dem Pferdebahnwagen überfahren. Das Rad ging so unglücklich über die Brust derselben, daß der Tod auf der Stelle erfolgte. Den Kutscher trifft dem Vernehmen nach keine Schuld an dem Unglücksfalle.

— Dem evangelischen Lehrer Mentz zu Heinrichswalde im Kreise Ueckermünde ist das allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

— Bei der königl. Polizeidirektion sind seit dem 19. v. M. gemeldet:

Gefunden: 1 anscheinend silbernes Armband — 1 Zigarrenetui mit 2 Zigarren — 1 Bund Schlüssel — 1 weißwollene Pferdedecke mit blauen Streifen — 1 dunkler Stoffrock — 1 Gummistempel mit dem Namen B. Hasenleder, Buchbinder — 1 Antheilloos der Marienburger Lotterie und 1 Koursbuch der Hamburg-Amerikanischen Aktien-Gesellschaft — 2 Stücke braunseidenes Band — 1 dunkelrother Kinderhut — 1 Damenfächer — 1 Schlüssel — 1 schwarzledernes Portemonnaie, enthaltend 1 M. 95 Pfg. — 1 Schlüssel — 1 Stubenschlüssel — 1 Schlüssel — 1 Arbeitszeugniß auf den Arbeiter Gustav Dreßler lautend — 1 Wasserwaage — 1 Medaille — 5 Scheerentheile am Ringe — 1 anscheinend silberner Theelöffel — 1 Spannkette — 1 Hausthürschlüssel — 1 silberne Remontoir-Zylinderuhr — 1 Broncespitze von einem Kronleuchter — 1 Kanarienvogel — 1 Taschenmesser — 1 schwarzledernes Portemonnaie, enthaltend 1 M. — 1 schwarzledernes Portemonnaie, enthaltend 15 Pfg. und eine Färbermarke von Spindler (Nr 3517 St.) — 1 goldener Trauring, gez. H. Sch Torgau 12. 7. 75. — 1 graue Pferdedecke — 1 kleines Beutelportemonnaie, enthaltend 2 M. 20 Pfg. — 1 Besen — 1 kleiner weißer Hund (Seidenspitz) — 1 Prämien-Rechnung auf den Namen Berndt lautend — 1 Paar graue Glaceehandschuhe — 1 Schlüssel — 1 Brosche — 1 Eiche, 17 Fuß lang — 1 Zweimarkstück — 1 Fächerportemonnaie, enthaltend 30 Pfg. — 1 schwarzes Beutelportemonnaie — 1 Armuths-Attest auf den Namen Roth lautend — 1 Taschenmesser — 1 Schlüssel — 1 anscheinend goldener Ring mit grauem Stein — 1 wollenes Halstuch — 1 alterthümliche, anscheinend silberne Medaille mit Ring — 1 Paar weißwollene Strümpfe — 1 Streichholzbüchse — 1 schwarzes Taillentuch.

Die Verlierer wollen ihre Eigenthumsrechte binnen drei Monaten geltend machen.

Verloren: 1 große Streichbürste, 1 abgebrochener Pinsel — 1 großer grauer Hund — 3 Stubenschlüssel — 1 Beutelportemonnaie mit 12 M. Inhalt — 1 Korb mit brauner Stickerei — 1 schwarzledernes Portemonnaie, enthaltend 1 Dreimarkstück, kleine Münzen, ein auf den Namen Steueraufseherfrau Froese lautendes Lotterieloos — 1 Beutelportemonnaie, enthaltend 3 M. — 1 Granatkreuz mit Kette — 1 Velozipeden-Doppelglocke — 1 silberne Damen-Zylinderuhr nebst Kette — 1 silbernes Armband — 3 Schlüssel am Ringe — 1 Korallenkette — 1 Brillantbrosche mit 45 Steinen — 1 goldenes Kreuz — 1 braunledernes Portemonnaie mit ca. 10 M. Inhalt — 1 Seitenbrett von einem Dienstmannswagen — 1 goldenes Medaillon — 1 Beutelportemonnaie, enthaltend 10 M.

Vermischte Nachrichten.

Berlin, 1. Mai. Der Spielerprozeß gegen die Gebrüder Manfred und Eugen Lewin, welche seit längerer Zeit in Untersuchungshaft sitzen, nahm gestern Vormittag vor der ersten Strafkammer des hiesigen Landgerichts I. im großen Schwurgerichtssaal seinen Anfang. Den Vorsitz führte Landgerichtsrath Brausewetter, die Anklage vertrat Staatsanwalt Oppermann, die Vertheidigung führten Rechtsanwälte Sello, Dr. Friedmann und Dr. Holz. Beide Angeklagte sind in den Kreisen der jeunesse dorée, welche dem Spiele huldigen und die geheimnißvollen Salons besuchen, wo „um Mitternacht das Leben beginnt", als unverdrossene Spieler bekannt. Manfred Lewin ist Vertreter der Champagnermarke „Unionklub" und Mitbesitzer von „Höhnes Austernsalon", Eugen Lewin ist Kunsthändler, er betreibt den An- und Verkauf alter Oelgemälde und ist gleichzeitig stiller Theilnehmer einer kaufmännischen Firma. Beide Angeklagte waren auch Besitzer des „Lobe-Theaters" in Breslau gewesen. Einige Zeit lang hatten sie sich in Dresden aufgehalten und der Polizei wurde es auch dort bald bekannt, daß sie diejenigen Lokale frequentirten, welche in dem Rufe von Spielhöllen standen. Hier feierte das Hazardspiel wahre Orgien und beide Angeklagte figurirten wiederholt als Bankhalter. Ein besonderes Feld ihrer Thätigkeit waren die großen Rennplätze Deutschlands, zu deren ständigen Besuchern sie gehörten. Wo auch nur dem Rennsporte gehuldigt wurde, sei es in Baden-Baden, Hamburg, Hannover oder sonstwo, da waren auch die beiden Angeklagten zur Stelle. Beide behaupteten, keine unreellen Mittel in Anwendung gebracht zu haben und nie gewerbsmäßig als Bankhalter aufgetreten zu sein. Den ganzen ersten Tag nahmen die Zeugenvernehmungen in Anspruch, bei denen eine ganze Armee von Gerupften aufmarschirte. Heute wurden beide Angeklagte wegen gewerbsmäßigen Glückspiels zu je 6 Monaten Gefängniß, unter Abrechnung von je 4 Monaten Untersuchungshaft und zu je 3000 Mark Geldstrafe, event. noch je 300 Tagen Gefängniß verurtheilt.

— (Wirkung des Grog.) Schuster (am Sonntag nach einem reichlichen Mittagessen): „Du, Alte, mach' mir einen Grog!" — Frau: „Der thut den Lehrjungen nicht gut." — Schuster: „Du sollst ihn ja nicht für die Lehrbuben machen, sondern für mich." — Frau: „Ich weiß schon, aber er regt Dich immer so auf, daß Du die Buben dann wieder braun und blau prügelst."

— (Berechtigter Stolz.) Der kleine Moritz schimpft auf das Kindermädchen in nicht sehr gewählten Ausdrücken. „Aber, Moritz", ruft mißbilligend die Mutter, „wo hast Du denn schimpfen gelernt?" — „Das habe ich Alles von mir selbst", ist die stolze Antwort.

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

Breslau, 3. Mai. Gestern Nachmittag ist Hermann Kletke, früherer Chefredakteur der „Voss. Ztg.", hier, in seiner Vaterstadt, gestorben.

Pest, 2. Mai. Der heute Nachmittag stattgefundenen Begräbnißfeier des Justizministers Dr. Pauler wohnten Kaiser Franz Josef, Erzherzog Josef, die Minister, die Mitglieder des Parlaments und die Spitzen der Behörden bei.

Bern, 3. Mai. Die gestern im Kanton Solothurn stattgehabte Volksabstimmung ergab mit großer Mehrheit die Bestätigung der gewählten liberalen Regierung und der Wahl liberaler Vertreter im Ständerath und im Nationalrath.

Auch im Kanton Bern ergab die gestrige Volksabstimmung eine Bestätigung der jetzigen liberalen Mehrheit bei der Besetzung der Kantonal-Behörden, in den Nationalrath wurde ein Konservativer und ein Liberaler gewählt.

Das neue Impfgesetz, welches den Impfzwang anordnet, wurde mit 28,606 gegen 26,21[?] Stimmen abgelehnt.

Im Kanton Neuenburg wurden gestern 6[?] Freisinnige und 24 Konservative in den großen Rath gewählt.

London, 3. Mai. Der Vizepräsident des Oberhauses, Lord Redesdale, ist gestorben.

Brindisi, 2. Mai. In der Zeit von gestern Mittag bis heute Mittag sind an der Cholera hier 3 Personen erkrankt, in Ostuni 3 Personen erkrankt und 2 gestorben, in Latiano 5 Personen erkrankt und 3 gestorben, in Torre Santa Susanna 2 Personen erkrankt.

Petersburg, 3. Mai. Großfürst Nikolaus der Aeltere hat sich gestern in das Gebiet der Donschen Kosaken begeben.

Jalta, 2. Mai. Der rumänische Kriegsminister Angelescu hat Vormittag seine Rückreise nach Bukarest angetreten; der Kaiser hat demselben den Annenorden erster Klasse verliehen und auch dessen Begleiter durch Ordensverleihungen ausgezeichnet.